



Tagesschule nur mit Qualität

Am 25. September wird über die definitive Einführung der Tagesschule in der Stadt Zürich abgestimmt. Dabei stehen zwei Varianten zur Auswahl. Für den VPOD ist klar: Ein Ja gibt es nur für die vom Gemeinderat verbesserte Vorlage.

D Für die definitive Einführung von Tagesschulen in der Stadt Zürich ist eine Änderung der Gemeindeordnung nötig. Zudem wird die Stimmbevölkerung zwischen zwei verschiedenen Varianten der Tagesschule wählen können. Die Ausgestaltung der betreffenden Verordnung ist für die Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Schulpersonals und die Qualität der Betreuung der Schülerinnen und Schüler wesentlich.

Verbesserungen entscheidend

Die ursprüngliche Verordnung der Tagesschule, welche der Stadtrat verfasst hat, wies elementare Mängel auf. Sozialpädagogische Überlegungen, ein ausreichender Betreuungsschlüssel und ein sinnvoller Qualifikationsmix beim Betreuungspersonal wurden mit keiner Silbe erwähnt. Im Fokus stand eine Billigbetreuung ohne (sozial-)pädagogisches Konzept. Dank dem Druck des Personals im Rahmen des «VPOD-Betreuungsalarms» und der Unterstützung progressiver Parteien im Gemeinderat wurde die Vorlage in einigen Punkten nachgebessert. Neu stehen zusätzliche Ressourcen für die Verlängerung der Mittagspause, für besondere pädagogische Bedürfnisse und bei höherem Betreuungsaufwand (bspw. Aufgrund anspruchsvoller Infrastruktur) zur Verfügung. Insbesondere wird neu festgeschrieben, dass «die Qualität der Betreuung durch einen hohen Anteil an qualifiziertem Personal, einen angemessenen, pädagogisch begründeten Betreuungsschlüssel und entsprechende Gruppengrössen sichergestellt» werden soll.

Gemeinderatsvorlage als Minimum und Ansatzpunkt

Gegen diese verbesserte Variante wurde von bürgerlichen Parteien das Referendum ergriffen. Nun hat der Stadtrat sein Doppelantragsrecht wahrgenommen und legt den Stimmberechtigten die verbesserte Variante des Gemeinderates und seine eigene «Tagesschule light» vor. In mehreren Versammlungen haben sich die Mitglieder des VPOD aus Betreuung, Bildung und technischem Dienst mit den Verordnungen und deren Auswirkungen auf die Arbeits-, Betreuungs-, und Schulqualität auseinandergesetzt. Dabei hat sich klar gezeigt, dass wir uns gegen eine Tagesschule light wehren wollen und daher die Vorlage des Stadtrates klar ablehnen. Aber auch gegenüber der Variante Gemeinderat bleiben Vorbehalte. Viele für den VPOD zentrale Punkte wie Infrastruktur, Austauschgefässe und Vereinbarkeit sind nicht in der Verordnung selbst geregelt. Vielmehr wird die Qualität der Tagesschule von der Ausgestaltung der noch zu erlassenden Ausführungsbestimmungen und der konkreten Praxis der Schulen bestimmt werden.

Mit einem Ja zur Variante Gemeinderat haben der VPOD und das Personal mehr Einflussmöglichkeiten, um die Tagesschule in die richtige Richtung mitzuentwickeln, zu einem Lebensraum Schule, in dem Betreuung und Bildung wirkungsvoll ineinandergreifen. Unsere Forderungen für eine gute Tagesschule mit fairen Arbeitsbedingungen werden wir in die Abstimmungskampagne für den 25. September einbringen – und über diese hinaus! ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär Zürich Lehrberufe

Klärung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten

Im Frühling 2023 startet die Vernehmlassung zum Projekt Governance.

Die Bildungsdirektion beauftragte 2018 das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) mit dem Projekt Governance. Zum Entstehungskontext gehört unter anderem ein Postulat im Kantonsrat (KR-Nr. 46/2015), das attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitung auf der Sekundarstufe II forderte sowie eine Motion zweier grüner Parlamentarierinnen, die eine Optimierung des Anstellungsverfahrens für Lehrpersonen fordert (Motion KR-Nr. 297/2018). Externe Bewerber:innen für Führungspositionen mit festen Anstellungen lassen sich oft nicht auf das aufwendige und öffentliche Bewerbungs- und Anstellungsverfahren ein bzw. werden durch dieses abgeschreckt. Dies führe dazu, dass sich ausschliesslich Lehrpersonen intern bewerben. Nicht alle Schulen verfügen jedoch über geeignete interne Bewerber:innen, so die Motion.

Im Oktober 2018 fand ein runder Tisch statt, der die Handlungsfelder des Projekts definierte. Danach konnte die Projektgruppe ihre Arbeit aufnehmen und sich daran machen mit dem Fachausschuss Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Schnell wurde klar, dass die Prioritäten des Projekts auf der Aktualisierung und Klärung der Rollen der Schulleitungen, der Schulkommissionen, der Konvente sowie des MBA

«Das Projekt Governance soll laut MBA indirekt einen Betrag dazu leisten, Führungspositionen für Frauen attraktiver zu machen, indem die bislang starren Anstellungsbedingungen flexibilisiert werden.»

bzw der Bildungsdirektion liegen. Ziel ist eine klarere und transparentere Definition und Abgrenzung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen diesen Instanzen. Im Fokus steht ausserdem, eine klarere Definition und Unterscheidung zwischen Führung und Aufsicht zu liefern. Das

Projekt möchte dabei langfristig den pädagogischen Gestaltungsspielraum von Schulen erhalten.

Beim Anstellungs- und Wiederwahlverfahren der Rektor:innen stellt sich die Frage nach der Rolle der Schulkommission und wie die Konvente weiterhin eingebunden werden können, ohne dass potentielle und vielversprechende Kandidat:innen durch den öffentlichen Ablauf des Prozesses abgeschreckt werden. Dabei muss sichergestellt werden können, dass der Ablauf datenschutzrechtlichen Vorgaben entspricht.

Der vpod Zürich Lehrberufe hat das Projekt von Beginn an kritisch begleitet (siehe Pflichtlektion 4/2019). Zuletzt hatte sich das Projekt pandemiebedingt verzögert.

Mitbestimmung neu leben

Dass Handlungsbedarf besteht, ist allen klar. Die LKB (Lehrpersonenkonferenz Berufsfachschule Kanton Zürich) hat im Frühjahr angekündigt, sich auf die Suche nach «Best Practices» der Zusammenarbeit zwischen Schulleitungen und Konventen zu machen, um Konflikten und Frustration entgegenzuwirken.

Lehrpersonen haben vielerorts das Gefühl, dass Mitwirkungsrechte ausgehöhlt und Mitbestimmungsgremien nicht ausreichend respektiert werden. Dies ist der Nährboden von Konflikten. Beispielsweise ist die Rolle der Konvente in der Praxis nicht ausreichend geklärt. Oft wird die Haltung der Konvente abgeholt, aber in der Umsetzung nicht berücksichtigt. Lehrpersonen füllen sich dann oftmals übergangen. Da stellt sich die Frage, wie die Konvente so gestaltet werden können, dass sie der Schule nicht nur als Alibiübung dienen. Eine Frage, zu der das Projekt Governance hoffentlich eine befriedigende Antwort liefern wird.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Bislang gelingt es nicht genug, Führungspositionen mit Frauen zu besetzen. Der vpod hatte wiederholt gefordert, dass eine übergeordnete Strategie oder ein Konzept zur Förderung der Gleichstellung und damit verbundene Personalentwicklungsinstrumente erforderlich sind, um diesen Missstand zu beheben. Was unternimmt das MBA also in dieser Hinsicht?

Das Projekt Governance soll laut MBA indirekt einen Betrag dazu leisten, Führungspositionen für Frauen attraktiver zu machen, indem die bislang star-



Noten über alles?

Kurz vor der Sommerpause wurde im Zürcher Kantonsrat der Gegenvorschlag der Kommission für Bildung und Kultur zur Parlamentarischen Initiative (PI) 69/2020 «Kein Verzicht auf Schulnoten» angenommen. Die PI forderte, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler nur mit Noten beurteilt werden sollen.

Dass GLP und EVP die Parlamentarische Initiative «Kein Verzicht auf Schulnoten» im Jahr 2020 unterstützt hatten, habe ich nie verstanden. Der Text der PI war absurd und grundsätzlich falsch. Denn wer fordert, dass sämtliche Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Noten beurteilt werden sollen, ignoriert die Grundlagen von Lehr- und Lernprozessen sowie die vielfältigen Feedbackmöglichkeiten von Lehrpersonen. Darum habe ich mich im Rahmen der Kommissionsarbeit intensiv dafür eingesetzt, dass die Initiant:innen verstehen, wie differenziert Leistungsbeurteilungen in den Schulen erfolgen.

Am Ende wurden verschiedene Gegenvorschläge zur PI ausgearbeitet. Der Gegenvorschlag, der nun kurz vor der Sommerpause im Rat angenommen wurde, schreibt nur noch das fest, was in der Praxis heute ohnehin gelebt wird. Weiterhin entscheidet der Bildungsrat, wie die Beurteilung der Leistungen in den Schulen erfolgen soll. Weiterhin ist es dem Bildungsrat und der Bildungsdirektion möglich, eine kompetenzorientierte Beurteilungspraxis in der Volksschule zu fördern.

Auch wenn kleine Lernprozesse bei den Parteien zu verzeichnen sind, bleibt ein schaler Nachgeschmack übrig. In einer Demokratie ist es möglich, dass die Mehrheit aufgrund von Unwissenheit Dinge beschliesst, die auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht sinnvoll, unnötig oder sogar für die Lernprozesse der Kinder und die Lehrpraxis der Lehrpersonen schädlich sind. Das ist bedauerlich, zeigt aber auch, wie wichtig fundierte, publikumsorientierte Wissenschaftskommunikation und politisch aufklärende Arbeit sind. ■

Text: **Monika Wicki**, SP-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied

ren Anstellungsbedingungen flexibilisiert werden. Diese Massnahme soll zudem aber auch Führungsfunktionen für Frauen allgemein attraktiver machen. Man darf auf die konkrete Ausgestaltung gespannt sein.

Führungskompetenz und Konfliktbewältigung mangelhaft

Konflikte gibt es auch zwischen Lehrpersonen und Leitung, zum Beispiel bei der Vergabe von Lektionen – ein Prozess, der immer öfter als ungerecht oder zumindest intransparent wahrgenommen wird. Immer wieder drängt sich der Verdacht auf, dass Führungspersonen nicht ausreichend ausgebildet und mit der Konfliktbewältigung überfordert sind. Im Konfliktfall wenden sich Lehrpersonen an die Schulkommission, in der Hoffnung, dort Gehör zu finden. Das Problem ist allerdings, dass die Schulkommissionen nicht so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen können. Mitglieder der Schulkommission können sich häufig nur eingeschränkt in den Schulalltag eindenken. Die Folge davon ist, dass sie im Konfliktfall häufig zu nah an der Schulleitung sind, bzw. einseitig urteilen zum Nachteil der Lehrpersonen.

Wie weiter?

Eine bessere Klärung der Verantwortungen und Rollen ist tatsächlich dringend geboten und kann helfen, den Schulbetrieb reibungsloser ablaufen zu lassen. Dies würde den Lehrpersonen ermöglichen, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren, statt ihre Energie in nervenaufreibenden Konflikten zu verschwenden. Das MBA hat angekündigt in den kommenden Monaten die Vorarbeiten abzuschliessen und einen Vernehmlassungsentwurf zu erstellen. Mit dem Start der Vernehmlassung wird voraussichtlich im Frühling 2023 zu rechnen sein.

Hast Du Fragen oder möchtest Du dich einbringen?

Dann melde dich bei:
julia.maisenbacher@vpod-zh.ch.

Text: **Julia Maisenbacher**, Gewerkschaftssekretärin Zürich Lehrberufe

Foto: Andrii Yalanskyi / stock.adobe.com

Schädliche Kannibalisierung des Schulpersonals

Das Hort- und Kitapersonal wandert von der Betreuung in den Unterricht ab. Damit wird nicht nur der Personalmangel verlagert, sondern auch tiefgreifender Schaden angerichtet. Der VPOD als Gewerkschaft der Lehr- und Betreuungspersonen ist besorgt um die aktuellen Entwicklungen im Schulfeld und fordert Politik und Behörden zum Handeln auf! Eine Kannibalisierung zwischen den Berufsgruppen und zwischen den Gemeinden schadet dem bildungspolitischen und sozialpädagogischen Ziel, dass beide Bereiche im Sinne eines «Lebensraums» Schule zusammenwachsen können. Dass Angestellte aus der vorschulischen und schulischen Betreuung ihr angestammtes Berufsfeld verlassen, um als Laienlehrpersonen mit prekären Anstellungen in verwaisten Klassen zu unterrichten, schadet Schule und Betreuung gleichermaßen. Für den VPOD ist klar: Das wirkungsvollste und nachhaltigste Mittel gegen den Fachkräftemangel sind attraktive Arbeits- und Anstellungsbedingungen – und zwar in Unterricht und Betreuung.

Fabio Höhener

Es braucht Unterstützung für alle im Schulfeld

Der Mangel an ausgebildeten Lehrpersonen, Heilpädagog:innen und Therapeut:innen zeichnet sich seit mehreren Jahren ab und spitzt sich nun zu. Die Politik hat es trotz des Drängens

der Gewerkschaft verpasst, rechtzeitig wirkungsvolle Massnahmen umzusetzen. Nun sehen sich einzelne Schulen gezwungen, unausgebildetes Personal einzustellen. In diesem Kontext ist es zu begrüßen, dass die Bildungsdirektion und die PHZH immerhin Unterstützungsmassnahmen anbieten. Es braucht aber mehr.

Für den VPOD ist klar: Das wirkungsvollste und nachhaltigste Mittel gegen den Fachkräftemangel sind attraktive Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Dazu gehört insbesondere die seit Jahren geforderte Entlastung. Nur so bleiben die Lehrpersonen gesund, motiviert und lange im Beruf. Die aktuelle Situation stellt das Schulfeld vor eine grosse Herausforderung: Unausgebildetes Personal soll mit prekären, befristeten Anstellungen die Lücken füllen. Vorläufig nur provisorisch, aber mit Folgen für die Schulteam. Sie müssen – schon wieder – mit einem Sondereffort eine adäquate Bildung und Betreuung der Schüler:innen gewährleisten.

Für den VPOD genügt es nicht, lediglich das nächste Schuljahr unbeschadet zu meistern. Der VPOD fordert nachhaltige Massnahmen, um die Attraktivität des Berufes wieder zu steigern und warnt: «Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand sogar Geld spart, indem sie Laienlehrpersonen anstellt, für die sie nur 80 Prozent des Lohnes zahlen muss.» Daher soll mindestens jeder dadurch eingesparte Franken für wirkungsvolle Unterstützungsmassnahmen investiert werden – und zwar nicht nur für die neuen Laienlehrer, sondern auch für das bestehende Personal, welches das Schulsystem auch fachlich am Laufen hält. Zudem soll auf Kindergartenstufe die geplante Anpassung der Lohnklasse bereits ab kommendem Schuljahr umgesetzt werden

Fabio Höhener

Abstimmungen vom 25. September 2022

BUND

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)	NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer	NEIN
Massentierhaltungsinitiative	JA

KANTON ZÜRICH

Gegenvorschlag zur «Kreislauf-Initiative»	JA
Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre»	JA

STADT ZÜRICH

Einführung der Tagesschule, Änderung der Gemeindeordnung	JA
Definitive Einführung der Tagesschule, Verordnung über die Tagesschule, Variante Stadtrat	NEIN
Einführung der Tagesschule, Verordnung über die Tagesschule, Variante Gemeinderat	JA
Einführung der Tagesschule, Stichfrage	VARIANTE GEMEINDERAT

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

GV Berufsfachschulgruppe

Montag, 19. September, 18:00 bis 20:00 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Weiterbildung für Lehrpersonen: Entlastung des Arbeitsalltages erkämpfen

Mittwoch, 21. September 2022, 19:00 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Treffen Gruppe Volksschule

Mittwoch, 28. September, 17:30 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Treffen Gruppe VPOD@ZHDK

Donnerstag, 27. Oktober 2022, 12:30 bis 13:45, ZHDK
Raum steht noch nicht fest

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, Redaktion: Fabio Höhener, Julia Maisenbacher

Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, Nr. 3 / 22, September 2022, erscheint fünf Mal jährlich, 7. Jahrgang, Auflage: 2800